

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Bundesrepublik Deutschland: zögerliche Erholung der Konjunktur

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1994) : Bundesrepublik Deutschland: zögerliche Erholung der Konjunktur, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 28-53

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1591>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bundesrepublik Deutschland: Zögerliche Erholung der Konjunktur

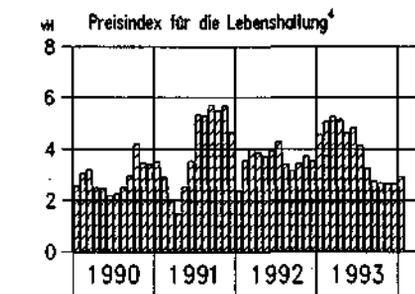
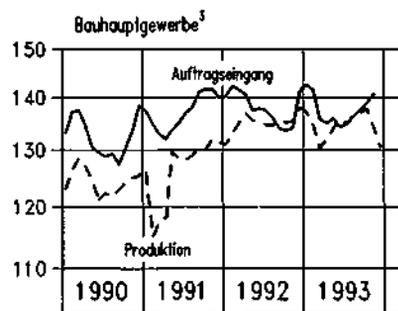
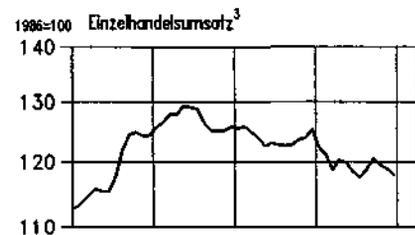
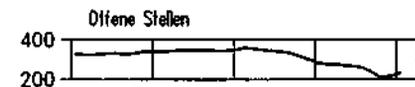
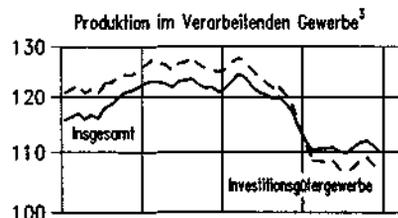
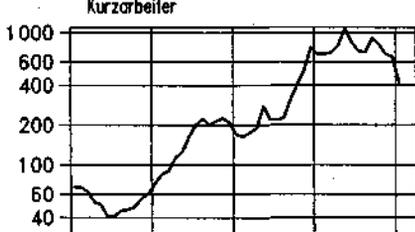
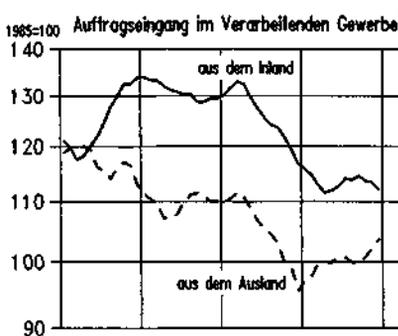
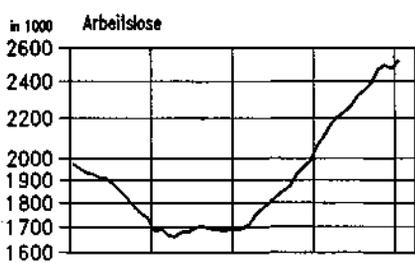
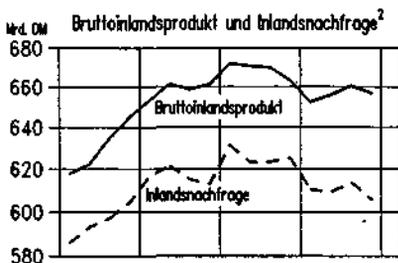
Von Alfred Boss, Jörg Döpke, Malte Fischer, Jörg W. Krämer, Enno Langfeldt und Klaus-Werner Schatz

Die konjunkturelle Entwicklung in den alten Bundesländern ist seit dem Frühsommer 1993 in der Grundtendenz leicht aufwärtsgerichtet; insgesamt ist sie aber noch sehr unstetig. Nachdem das reale Bruttoinlandsprodukt saison- und arbeitstäglich bereinigt im Sommerhalbjahr 1993 gestiegen war, ist es im vierten Quartal gesunken (Schaubild 1). Die ungünstige Witterung im November und Dezember hat insbesondere die Bautätigkeit beeinträchtigt. Die bereinigten Daten überzeichnen aber den Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Vermutlich wurden vergleichsweise viele Arbeitstage zwischen Weihnachten und dem Jahresende für Betriebsferien genutzt, ohne daß dies adäquat berücksichtigt wurde. Für eine allmähliche Festigung der Konjunktur spricht, daß sich das Geschäftsklima bei den Unternehmen – vor allem wegen einer spürbaren Verbesserung der Exporterwartungen – weiter deutlich aufgehellt hat. Wie in vergleichbaren Konjunkturphasen in der Vergangenheit war die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt abwärtsgerichtet. Die Zahl der Beschäftigten ging zurück und die der Arbeitslosen stieg nochmals an; dagegen hat sich die Zahl der Kurzarbeiter deutlich zurückgebildet. Der Preisanstieg hat sich auf eine laufende Rate von rund 2,5 vH abgeschwächt; vor allem wegen der Erhöhung der Mineralölsteuer sowie administrierter Preise übertraf der Preisindex für die Lebenshaltung zu Jahresbeginn den entsprechenden Stand im Vorjahr allerdings um 3,5 vH.

In den neuen Bundesländern war der Anstieg der Produktion im vergangenen Jahr weiter deutlich aufwärtsgerichtet; das reale Bruttoinlandsprodukt übertraf den Stand im Vorjahr um 6,3 vH. Nachdem zuvor vor allem das Baugewerbe und die Dienstleistungen zu der Expansion beigetragen hatten, stieg nunmehr auch die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe spürbar an; mit 8,8 vH war die Zunahme höher als in der Gesamtwirtschaft Ostdeutschlands. Die umfangreichen Investitionen in den vergangenen Jahren werden mehr und mehr produktionswirksam. Am kräftigsten expandierte mit reichlich 12 vH wiederum das Bauhauptgewerbe. Trotz des beträchtlichen Produktionsanstiegs war die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Jahr 1993 fast doppelt so hoch wie die gesamtwirtschaftliche Produktion. Die Zahl der Arbeitslosen war im Januar 1994 um rund 100 000 höher als im Vorjahr, gleichzeitig hat sich jedoch die Zahl der Kurzarbeiter um rund 100 000 verringert (Schaubild 2). Die Zahl der an Weiterbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilnehmenden Personen, die häufig als verdeckt arbeitslos betrachtet werden, ging sogar um rund 300 000 zurück. Der Preisanstieg war zuletzt mit 3,8 vH nur noch wenig stärker als in den alten Bundesländern; insbesondere war die Anhebung der Mieten zu Jahresbeginn weit geringer als die in den Vorjahren.

Schaubild 1

Indikatoren¹ zur Konjunktur in Westdeutschland



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

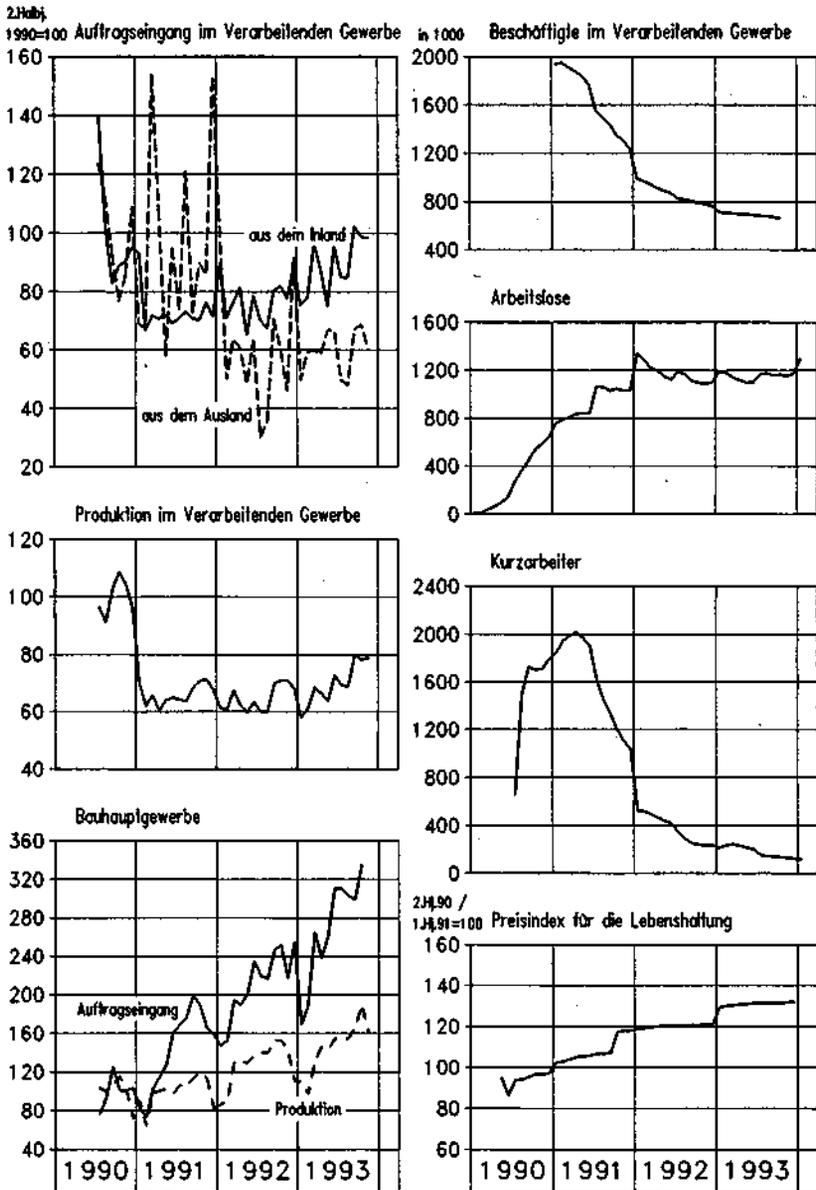
¹ Saisonbereinigt. - ² in Preisen von 1991. - ³ Real geltender Dreimonatsdurchschnitt. -

⁴ Veränderung in den letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.



Schaubild 2

Indikatoren¹ zur wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland



Nach Angaben des Gemeinsamen Statistischen Amtes, des Statistischen Bundesamtes sowie der Bundesanstalt für Arbeit.

¹ Nicht saisonbereinigt.



Weiter vorsichtige Lockerung der Geldpolitik

Im Winterhalbjahr 1993/94 hat die Bundesbank die Leitzinsen nochmals gesenkt. In der Folge sind die Geldmarktzinsen auf knapp 6% gesunken; sie waren damit im Februar 1994 ähnlich hoch wie die Kapitalmarktzinsen. Zum 1. März 1994 sind die Mindestreservesätze für Sichteinlagen verringert worden. Dadurch wird für die Banken der mit der Beschaffung von Zentralbankgeld einhergehende Zinsaufwand verringert, und sie können die Zinskonditionen für ihre Kreditnehmer und Einleger verbessern. Es zeichnet sich ab, daß sich die Zinsstruktur, die seit Herbst 1990 invers war, allmählich normalisiert. Das Geldmengenwachstum hat sich zum Jahresende 1993 verstärkt. Im vierten Quartal 1993 übertraf die Geldmenge M3 den Stand im Vorjahr um rund 7,5 vH; sie lag damit oberhalb des angestrebten Zielkorridors von 4,5 bis 6,5 vH. Auch die enger gefaßten Geldmengenaggregate stiegen rasch. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß die Geldmengenexpansion zum Jahresende 1993 vermutlich durch Sonderfaktoren überzeichnet wurde: Da die Steuervorteile für Erwerber von Altbauten ab 1. Januar 1994 eingeschränkt wurden, ist die Vergabe von Wohnungsbaukrediten kräftig gestiegen. Auch kam es im Dezember 1993 zu einem ungewöhnlich großen Geldzufluß aus dem Ausland; zum einen haben inländische Anleger in beträchtlichem Umfang in Luxemburg gehaltene Anteile an thesaurierenden Investmentfonds verkauft, da letztmalig die Chance bestand, diese Papiere zu veräußern, ohne daß ein Zinsabschlag auf Veräußerungsgewinne zu entrichten war. Zum anderen wurden aus Gründen der Bilanzpolitik in stärkerem Maße als sonst üblich Euroanlagen auf inländische Konten zurücktransferiert.

Die Bundesbank hat trotz der Zielverfehlung in den letzten beiden Jahren für 1994 wiederum ein Ziel für die Geldmenge M3 festgelegt. Damit machte sie deutlich, daß sie prinzipiell an einer potentialorientierten Geldpolitik festhält. Empirische Untersuchungen für die Bundesrepublik Deutschland belegen, daß auf mittlere Frist ein stabiler Zusammenhang zwischen der Geldmenge M3 und der monetären Gesamtnachfrage bzw. der Preisentwicklung besteht [Gern et al., 1994]. In Deutschland ist eine Liberalisierung der Finanzmärkte bereits vor längerer Zeit vorgenommen worden, und jüngere Maßnahmen hatten keine ausgeprägten Änderungen in den Kassenhaltungsgewohnheiten zur Folge. Es hat allerdings in Deutschland in den letzten Jahren andere Einflußfaktoren gegeben, die die Beurteilung des geldpolitischen Kurses hinsichtlich der Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Produktion und auf das Preisniveau erschwert haben. So ist es durch die deutsche Vereinigung schwieriger geworden, das Wachstum des Produktionspotentials abzuschätzen. In den neuen Bundesländern hat sich zudem durch die Anhebung administrierter Preise – wie etwa der Mieten – in Richtung auf ein eher marktgerechtes Niveau das monetäre Transaktionsvolumen und damit auch die Kassenhaltung besonders rasch erhöht. Die Überschreitung des Geldmengenziels in den vergangenen Jahren läßt sich mit diesen Faktoren, die zuvor quantitativ kaum abzuschätzen waren, wohl rechtfertigen. Nach unserem Urteil ist kein Geldüberhang entstanden, der in den kommenden Jahren eine Beschleunigung des Preisauftriebs erwarten ließe. Ein Zuschlag zu

einer potentialgerechten Ausweitung der Geldmenge aufgrund von Preisanpassungen in den neuen Bundesländern ist in diesem Jahr nicht mehr erforderlich. Die Preise steigen dort nur noch wenig stärker als in den alten Bundesländern, und die Transferzahlungen aus dem Westen nehmen ebenfalls kaum rascher zu als die in den alten Bundesländern.

Bei der Ableitung ihres Zielkorridors für das Jahr 1994 von 4 bis 6 vH hat die Bundesbank die Zunahme des gesamtdeutschen Produktionspotentials mit 2,5 vH etwas niedriger als im Vorjahr angesetzt. Als Preisanstieg wird unverändert eine Rate von 2 vH toleriert, und für die trendmäßige Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit wird nunmehr eine gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhte Rate von 1 vH angenommen. Das Geldmengenziel bezieht sich auf den Verlauf der Geldmenge M3 vom vierten Quartal 1993 bis zum vierten Quartal 1994; da das Ausgangsniveau am Jahresende 1993 relativ hoch war, wurde ein Abschlag von 0,5 vH angesetzt.

Die Bundesbank begründet das gegenüber dem Vorjahr geringere Potentialwachstum vor allem damit, daß in Westdeutschland mit der schwachen Investitionstätigkeit der Kapitalstock weniger rasch zunimmt als 1993. Die geringe Investitionstätigkeit ist jedoch vor allem Ausdruck der Konjunkturschwäche. Intention des Potentialansatzes ist es aber, eine Ausrichtung der Geldpolitik an der konjunkturellen Entwicklung zu vermeiden. Aus diesem Grunde und wegen der rasch fortschreitenden Erweiterung des Kapitalstocks in Ostdeutschland wäre nach unserer Einschätzung eine Rate für das Potentialwachstum von annähernd 3 vH angemessen. Zudem ist unseres Erachtens der trendmäßige Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit eher auf 1,5 vH statt auf 1 vH zu veranschlagen. So sind die in M3 enthaltenen Spareinlagen mit dem Inkrafttreten neuer gesetzlicher Regelungen als Kapitalanlage attraktiver geworden. Richtig ist es dagegen, wegen des ausgeprägten Basiseffekts am Jahresende 1993 einen Abschlag um 0,5 vH vorzunehmen. Insgesamt wäre nach unserer Einschätzung in diesem Jahr ein etwas höheres Geldmengenziel von 5 bis 7 vH durchaus zu vertreten, wobei die Mitte des Zielkorridors anzustreben wäre. Wichtig für die Glaubwürdigkeit der vorangekündigten Geldpolitik ist, daß die Bundesbank in diesem Jahr das Ziel erreicht. Ein nochmaliges Überschreiten würde den Eindruck erwecken, die Geldmenge M3 werde nicht mehr als der eigentliche Anker für das Preisniveau angesehen.

Wir erwarten, daß sich das Expansionstempo von M3 beruhigt und in den Zielkorridor einschwenkt. Die Bundesbank dürfte ihren Kurs einer behutsamen Senkung der kurzfristigen Zinsen in nächster Zeit fortsetzen, zumal die Anstöße für einen Preisniveauanstieg angesichts niedriger Lohnerhöhungen, fortgesetzter Bemühungen der Unternehmen um die Senkung der Kosten und nur moderater Nachfragebelebung weiter abnehmen. Wir haben für diese Prognose einen Rückgang der kurzfristigen Zinsen auf rund 4,5 vH zum Jahresende 1994 unterstellt. Bei kaum veränderten langfristigen Zinsen impliziert dies eine weitgehend normalisierte Zinsstruktur, bei der die kurzfristigen Zinsen rund einen Prozentpunkt unter den langfristigen Zinsen liegen. Die Geldpolitik dürfte damit zunehmend die Konjunktur anregen.

Finanzpolitik: Abnehmende Ausgabenexpansion, steigende Abgabenbelastung

Nachdem die Ausgaben des Staates in den Jahren 1991 und 1992 im Gefolge der deutschen Einigung sehr kräftig gestiegen waren, ist die Finanzpolitik im Verlauf des Jahres 1993 mehr und mehr auf einen Sparkurs eingeschwenkt. Die gesamten Ausgaben des Bundes nahmen im Jahr 1993 zwar um 7,3 vH und damit sogar mehr als im Jahr 1992 (6,3 vH) zu; die verstärkte Ausgabenexpansion beruht aber auf rezessionsbedingten Mehraufwendungen. Die Ausgaben – ohne jene für die Arbeitslosenhilfe und ohne den Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit – waren 1993 um nur 2,6 vH höher als 1992; ihr Anstieg hat sich halbiert. Die Zunahme der Ausgaben der Länder und Gemeinden hat sich im Verlauf des Jahres 1993 merklich abgeflacht. Die Ausgaben waren im Jahr 1993 insgesamt freilich um 5 1/2 vH höher als im Vorjahr; dazu hat beigetragen, daß die Ausgaben in den neuen Bundesländern – insbesondere wegen der drastischen Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst – kräftig ausgeweitet wurden. Die Bundesanstalt für Arbeit hat die Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (berufliche Förderung, Arbeitsbeschaffung usw.) im Verlauf des Jahres 1993 deutlich zurückgeführt; ihre Ausgaben insgesamt waren im Dezember 1993 – trotz beträchtlicher Mehrausgaben für das Arbeitslosengeld – nur um 3 1/2 vH höher als ein Jahr zuvor.

Die verschiedenen Gebietskörperschaften und die Arbeitslosenversicherung werden in diesem und im nächsten Jahr auf Sparkurs bleiben. Dazu tragen die Maßnahmen im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms bei, vor allem aber die Regelungen im Gesetz zur Umsetzung des Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms; sie führen dazu, daß die Sozialleistungen deutlich abgeschwächt expandieren und die Personalausgaben – bei geringfügigen Lohnanhebungen und nennenswertem Stellenabbau – wohl nicht zunehmen. Hinzu kommen Sparmaßnahmen des Bundes (z. B. bei den Verteidigungsausgaben) sowie deutliche Einschnitte bei den Investitionen der Länder und Gemeinden im Westen. Selbst bei den Finanzhilfen der Gebietskörperschaften sind – anders als in den vergangenen Jahren – nennenswerte Kürzungen beschlossen worden. Wieder einmal zeigt sich, wie wirksam leere Kassen sind, wenn es darum geht, die öffentlichen Ausgaben zu begrenzen.

Die gesamten Ausgaben des Staates (einschließlich Treuhandanstalt, in der Abgrenzung der Finanzstatistik) dürften 1994 und 1995 – bei kräftig steigenden Aufwendungen für die Zinsen auf die öffentlichen Schulden – um 4 1/2 bzw. 3 vH ausgeweitet werden (1993: 5 vH); schließt man die 1994 erstmalig anfallenden Ausgaben des Bundeseisenbahnvermögens ein, die nicht durch dessen Einnahmen gedeckt sind, so ergibt sich im laufenden Jahr ein Zuwachs der Ausgaben von 5 vH.

Zum Jahresbeginn 1994 sind die Mineralölsteuer und der Beitragssatz zur Rentenversicherung kräftig angehoben worden. Die gesamte Abgabenbelastung (Steuern und Sozialbeiträge in vH des nominalen Bruttosozialprodukts) wird 1994 mit 44 vH einen neuen Höchststand erreichen. Im Jahr 1995 kommen weitere Abgabenerhöhungen hinzu: Der Solidaritätszuschlag (7,5 vH auf die

Tabelle 1 – Wichtige diskretionäre Änderungen der Abgabenbelastung¹ 1994 und 1995 (Mrd. DM)

	1994	1995
Erhöhung der Vermögensteuer	-	1,0
Anhebung der Versicherungsteuer	1,0	3,4
Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags	-	28,5
Erhöhung der Mineralölsteuer	7,9	8,7
Steuererhöhungen und -senkungen im Rahmen des Standortsicherungsgesetzes (netto)	-3,8	-5,6
Anhebung des Beitragssatzes der Gesetzlichen Rentenversicherung	23,0	23,5
Insgesamt	28,1	59,5

¹ Im Vergleich zum Jahr 1993.

Quelle: BMF [1994, S. 248–260]; eigene Schätzungen.

Tabelle 2 – Budgetsaldo des Staates nach Teilsektoren¹ 1990–1995 (Mrd. DM)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Bund	-45 ²	-52	-32	-62	-60	-67
Länder, Westen ³	-19	-16	-15	-19	-19	-18
Länder, Osten	-11	-12	-17	-15	-15
Berlin	-3	-4	-6	-7	-5
Gemeinden, Westen	-4	-6	-10	-11	-10	-8
Gemeinden, Osten	2	-8	-6	-6	-5
Gebietskörperschaften	-68	-86	-81	-121	-117	-118
ERP-Sondervermögen	-2	-7	-7	-5	-9	-6
Fonds „Deutsche Einheit“	-20	-31	-22	-14	-8	0
Kreditabwicklungsfonds ⁴	0	0	0	-1	-1
Gebietskörperschaften und Sonderhaushalte	-90	-123	-109	-140	-135	-125
Bundesbahn/Reichsbahn	-13	-11	-12	.	.
Bundeseisenbahnvermögen	-6	-7
Treuhandanstalt ⁴	-4	-20	-30	-38	-44	0
Sozialversicherung ⁵	16	15	-7	0	0	-3
Insgesamt	-78	-141	-157	-190	-185	-135

¹ In der Abgrenzung der Finanzstatistik. – ² Einschließlich 24 Mrd. DM (im zweiten Halbjahr) für den Haushalt der ehemaligen DDR (Abschnitt B des Bundeshaushalts 1990). – ³ Ab 1991 ausschließlich Berlin. – ⁴ Ohne übernommene Schulden im Rahmen der Abwicklung der Haushalte der ehemaligen DDR oder im Zusammenhang mit der Währungsumstellung sowie der Erstellung der Eröffnungsbilanzen der Unternehmen im Gebiet der ehemaligen DDR. – ⁵ Ab 1991 einschließlich Ostdeutschland.

Quelle: Deutsche Bundesbank [1993]; BMF [1994]; Treuhandanstalt [lfd. Jgg.]; eigene Schätzungen.

Steuern auf Einkommen) wird wiedereingeführt, die Vermögensteuer wird erhöht, und die Versicherungsteuer wird nochmals angehoben (Tabelle 1). Die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge dürfte im Verlauf der Jahre 1994 und 1995 – infolge eines sinkenden Beitragssatzes zur Gesetzlichen Krankenversicherung – geringfügig abnehmen. Insgesamt wird die Abgabenquote im Jahr 1995 mit 44 1/2 vH wohl noch etwas höher sein als 1994. Dabei ist unterstellt worden, daß eine Pflegefallversicherung nicht eingeführt wird.

Das Budgetdefizit des Staates wird im Jahr 1994 nur wenig, im Jahr 1995 aber deutlich abnehmen (Tabelle 2). Die Nettokreditaufnahme des Staates (einschließlich der Sondervermögen wie z. B. Treuhandanstalt und Bundeseisenbahnvermögen, aber ausschließlich der Deutschen Bundespost) dürfte 1994: 185 Mrd. DM und 1995: 135 Mrd. DM betragen.

Geringerer Anstieg der Löhne

Die Tariflöhne stiegen im vergangenen Jahr in Westdeutschland um 3,5 vH (1992: 5,7 vH). Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten, die auch die übertariflichen Lohnzahlungen und die Sozialbeiträge der Unternehmen enthalten, erhöhten sich etwas weniger. Dagegen sank das Volkseinkommen, welches das Maß für das verteilbare Einkommen ist, um knapp 0,5 vH, nachdem es im Jahr zuvor mit 4,5 vH expandiert hatte. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten stiegen damit im Jahr 1993 um 3,5 Prozentpunkte stärker als das verteilbare Einkommen. Wie empirische Studien zeigen, führt ein Lohnanstieg je Arbeitnehmer, der über den Zuwachs des Volkseinkommens hinausgeht, zu einer Verringerung der Beschäftigtenzahl [Lehment, 1991; 1993]. Die Tarifvertragsparteien haben somit den durch übermäßige Lohnerhöhungen in den Vorjahren bereits angelegten Beschäftigungsrückgang weiter forciert.

Angesichts der stark zunehmenden Arbeitslosigkeit dürfte sich der Anstieg der Tariflöhne in diesem Jahr deutlich abschwächen. Bei dem diesjährigen Abschluß in der Chemischen Industrie, der wohl Pilotcharakter haben wird, wurde eine Lohnerhöhung von 1,6 vH vereinbart, wenn man berücksichtigt, daß die Löhne in den ersten drei Monaten der Gültigkeitsdauer des neuen Tarifvertrags nicht steigen. Für die übrigen Branchen rechnen wir mit durchschnittlichen Steigerungen in Höhe von knapp 2 vH. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten werden wegen gestiegener Beitragssätze zur Rentenversicherung voraussichtlich etwas rascher zunehmen, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die Arbeitgeber übertarifliche Leistungen teilweise kürzen. Die Summe aus Löhnen und Lohnnebenkosten je Arbeitnehmer dürfte insgesamt um rund 0,5 Prozentpunkte schwächer expandieren als das Volkseinkommen. 1995 dürfte sich die Lohnzurückhaltung verstärken, da die Tariflöhne bei moderatem Aufschwung und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit voraussichtlich nur wenig stärker zunehmen als im laufenden Jahr, während das Volkseinkommen gleichzeitig deutlich kräftiger expandiert. Bei einer hieraus zu erwartenden Lohnzurückhaltung von rund 2 Prozentpunkten ergeben sich für den Arbeitsmarkt wieder deutlich positive Impulse für die nachfolgenden Jahre.

In Ostdeutschland sind die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten im vergangenem Jahr um 13 vH gestiegen. Maßgeblich dafür sind in erster Linie Tarifverträge, die vorsehen, daß die ostdeutschen Bezüge denen in Westdeutschland schrittweise angeglichen werden. Die Erhöhung der Bruttolöhne je Arbeitnehmer wird in diesem Jahr mit 8 vH niedriger ausfallen. Ursache der geringen Expansion ist, daß die Löhne nach den anfänglich großen Sprüngen in kleineren Schritten an das westdeutsche Niveau angepaßt werden und die Tariflöhne in Westdeutschland weniger steigen. 1995 wird sich der Anstieg der Löhne in den neuen Bundesländern weiter abschwächen.

Zu den Einwendungen gegen ein Aufschwungsszenario

Viele Beobachter bezweifeln, daß die Wende in der Konjunktur eingeleitet ist und nun eine Erholung einsetzt, die sich allmählich verstärkt. Es wird eingewandt, daß es angesichts niedriger Lohnsteigerungen und der Zurückführung des staatlichen Ausgabenanstiegs an effektiver Nachfrage mangle. Zum anderen wird angeführt, daß die Wirtschaftspolitik noch keine durchgreifenden Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität des Produktionsstandorts Deutschland für in- und ausländische Investoren ergriffen habe; somit sei auch aus diesem Grunde eine Nachfrageausweitung unwahrscheinlich.

Nach unserer Meinung werden bei diesen Einwänden die Ursachen der gegenwärtigen Schwäche verkannt. Auch diese Rezession hat sich aus den typischen Übersteigerungen in der Hochkonjunktur ergeben. Von 1989 bis 1993 sind Lohnerhöhungen durchgesetzt worden, die mit 25 vH die Zunahme der Arbeitsproduktivität (8 vH) beträchtlich übertrafen. Die Lohnstückkosten stiegen somit erheblich. Unter dem Druck der Kosten und im Sog des Booms beschleunigte sich der Preisauftrieb. Dadurch sah sich die Bundesbank veranlaßt, ihre Zinsen kräftig anzuheben. Dies verstärkte die von der Kostenseite her ohnehin angelegte Dämpfung der Nachfrage. Nachdem der kreditfinanzierte Nachfrageschub aus den neuen Bundesländern ausgelaufen war, der sich im Zuge der deutschen Vereinigung ergeben hatte, verstärkte die Anhebung von Steuern und Abgaben die rezessiven Tendenzen. Die Lohnnebenkosten stiegen vermehrt, den Unternehmen und den privaten Haushalten wurden Einkommen entzogen, mit der Folge, daß sich die Talfahrt der Nachfrage beschleunigte, zumal die Unternehmen die Belegschaften deutlich verringerten.

Inzwischen ist ein Großteil der Korrekturen vollzogen, die für eine konjunkturelle Belebung erforderlich sind. Insbesondere ist der Preisauftrieb beträchtlich zurückgegangen, und die Zinsen sind stark gesunken. Die Unternehmen haben die Kosten spürbar verringert, und die Rentabilitätsschwelle ist deutlich niedriger als in der Hochkonjunktur. Zwar sind durch die Rationalisierungsmaßnahmen die Lohnstückkosten vermindert worden. Aber das Lohnniveau ist dabei nicht gesunken, und mit den geringeren Zinsen hat sich das Verhältnis des Preises für Arbeit zu dem für Kapital sogar zuungunsten des Einsatzes von Arbeitskräften verändert. Lohnzurückhaltung ist also geboten, damit Anreize zum Ersatz von Arbeitskräften durch Kapital abnehmen und vermehrt Arbeitsplätze entstehen.

Bei der Kaufkrafttheorie des Lohnes, die der Kritik an einer Lohnzurückhaltung zugrunde liegt, wird die Kostenseite der Löhne vernachlässigt. Zentrale Behauptung ist, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärker steigt, wenn die Löhne rascher zunehmen. Wir halten das Argument auch in konjunktureller Hinsicht für fragwürdig. Abgestellt wird einseitig auf die Nachfrage der privaten Arbeitnehmerhaushalte. Tatsächlich bedeuten raschere Lohnerhöhungen, daß die Unternehmen zunächst zusätzliche Ausgaben zu tragen haben; diese Ausgaben fließen der Gesamtheit der Unternehmen zwar letztlich wieder zu, jedoch gegen die Hergabe von ihnen erzeugter Güter. Die Gewinne der Unternehmen vermindern sich also. Weil zudem kein einzelnes Unternehmen sicher sein kann, daß es selbst von der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage begünstigt ist, schlägt in seinem Kalkül zunächst und vor allem die Erhöhung der Ausgaben zu Buche. Umgekehrt macht sich die Entlastung durch eine zurückhaltende Lohnpolitik sofort bemerkbar. Gerade in der jetzigen Situation, in der die Investitionsneigung noch sehr labil ist, kommt es darauf an, den Investoren positive Signale zu vermitteln. Der größeren oder geringeren Konsumnachfrage bei einem rascheren oder langsameren Anstieg der Löhne muß also eine geringere oder höhere Nachfrage der Investoren gegenübergestellt werden. Eine Lohnzurückhaltung könnte sich somit sogleich in einer größeren Gesamtnachfrage auszahlen; sie wird es zumindest sehr rasch.

Immer wieder wird vorgebracht, Lohnzurückhaltung könne zwar zu einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen führen, sie werde dann jedoch eine höhere Bewertung der D-Mark zur Folge haben und sich aus diesem Grunde dämpfend auf den Anstieg der ausländischen Nachfrage auswirken. Um so wichtiger sei es, die Expansion der inländischen Nachfrage nicht durch einen nur verhaltenen Lohnanstieg zu gefährden. Eine solche Höherbewertung der Währung ergäbe sich aber, weil es den deutschen Unternehmen gelänge, wegen ihrer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit zusätzliche Auslandsnachfrage auf sich zu ziehen. Die Höherbewertung der D-Mark bedeutete jedoch nicht, daß diese zusätzliche Nachfrage bei dem neuen Wechselkurs nicht gehalten werden könnte. Vielmehr gleicht dieser neue Wechselkurs nur die Wettbewerbsunterschiede zwischen in- und ausländischen Unternehmen aus; die Höherbewertung der D-Mark setzt eine nachhaltig höhere Nachfrage des Auslandes nach inländischen Produkten voraus. Zugleich ergäben sich Terms-of-trade-Verbesserungen, die sich in einem stärkeren Anstieg der Reallöhne niederschlagen.

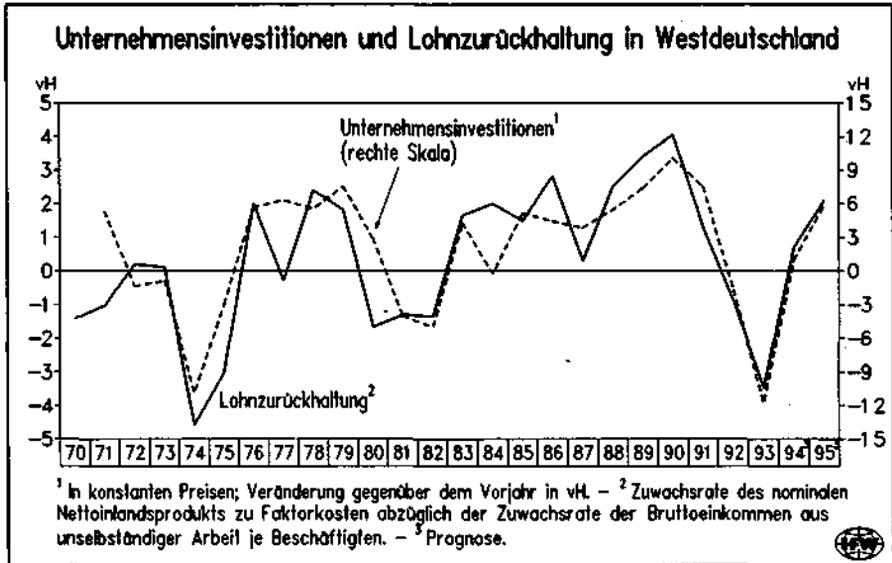
Wechselkursveränderungen als solche beeinflussen die Faktorpreisverhältnisse nicht. Insofern würde sich eine zurückhaltende Lohnpolitik immer zugunsten der Nachfrage nach Arbeitskräften auswirken. Die negativen Wirkungen einer Lohnpolitik, die die Arbeitskräfte relativ verteuert, werden dagegen auch durch eine Abwertung nicht verringert. Eine marktmäßige Abwertung würde lediglich Unterschiede zwischen dem in- und dem ausländischen Kostenniveau ausgleichen, aber nicht die Differenzen in den relativen Preisen von Produktionsfaktoren (oder auch die Differenzen in den Kosten einzelner Unternehmen). Anders ausgedrückt: Durch eine Abwertung kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Durchschnitts der Unternehmen am Standort Deutschland erreicht werden, nicht aber die von Arbeitskräften, deren Lohnniveau relativ

zum Preis für andere Produktionsfaktoren überhöht ist. Insofern ist auch die Behauptung nicht zu halten, die Arbeitslosigkeit in Deutschland sei vor allem durch eine Aufwertung der D-Mark in den zurückliegenden Jahren bedingt, weil sie für die Erhöhung der Lohnstückkosten auf Dollarbasis eine wesentlich größere Rolle gespielt habe als die Zunahme der Löhne. Entscheidend für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitskräfte ist, wie sich der Preis für Arbeit im Vergleich zu dem für die anderen Produktionsfaktoren entwickelt hat, das Inland in das Verhältnis zum Ausland gesetzt. Daß Wechselkurse von dem Pfad abweichen können, der sich ergäbe, wenn nur Unterschiede in den volkswirtschaftlichen Kostenniveaus ausgeglichen würden, ist selbstverständlich; damit wird die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft und aller ihrer Produktionsfaktoren vorübergehend begünstigt oder beeinträchtigt, und damit auch die der Arbeitskräfte. An dem grundsätzlichen Zusammenhang, daß die Nachfrage nach einem Produktionsfaktor von seinem relativen Preis abhängt, ändert dies jedoch nichts.

Ähnlich wie die Bedenken gegen eine zurückhaltende Lohnpolitik sind auch die gegen eine Kürzung des Anstiegs der staatlichen Ausgaben in der Rezession gelagert. Zum einen muß bedacht werden, daß die Ausgaben der Privaten rascher steigen können, wenn sich der Staat zurückhält. Zum anderen ist wichtig, daß das weniger schnelle Tempo des Anstiegs der staatlichen Ausgaben in den Augen von Investoren und privaten Konsumenten eine künftig niedrigere Belastung durch Steuern und Abgaben wahrscheinlicher macht. Die Konsolidierung durch Beschränkung bei den staatlichen Ausgaben ist also ein wichtiger Beitrag zur Bildung von Vertrauen bei Investoren wie Konsumenten und kann schon in kurzer Frist die Investitionstätigkeit und die Nachfrage insgesamt beleben. Hinzu kommt, daß der Zwang zu vermehrtem Sparen im öffentlichen Bereich vermutlich auch verstärkte Anstrengungen zur Verbesserung der Effizienz auslöst und dazu führt, daß Aufgaben auf private Unternehmen verlagert werden, die sie kostengünstiger durchführen können.

Es gibt wohl unbestreitbar Angebotsschwächen der deutschen Wirtschaft, für die vor allem die große Beanspruchung der Ressourcen durch den Staat, die hohe Abgabenbelastung sowie die mangelnde Flexibilität am Arbeitsmarkt maßgeblich sind. Die Wirtschaftspolitik muß hier rasch anpacken, da der Aufschwung ansonsten nicht zu einem kräftigen Wirtschaftswachstum und zu einer spürbaren Entlastung auf dem Arbeitsmarkt führen wird. Den Aufschwung selbst verhindern die Angebotsschwächen aber nicht, da es hier um zyklische Phänomene, also um kurzfristige Schwankungen der Nachfrage geht. So hängt auch die konjunkturelle Änderung der Investitionstätigkeit vor allem von den Faktoren ab, die die Nachfrage der Investoren in ihrem zyklischen Ablauf bestimmen. Die Lohnzurückhaltung in diesem und im kommenden Jahr bedeutet eine Einkommensumverteilung zugunsten der Unternehmen, so daß sich deren Rentabilitätserwartungen verbessern können. Diese und nicht die gegenwärtige Auslastung der Sachkapazitäten sind das dominierende Investitionsmotiv (Schaubild 3). Das für die Jahre 1994 und 1995 von uns erwartete Maß an Lohnzurückhaltung läßt einen deutlichen Anstieg der Unternehmensinvestitionen erwarten.

Schaubild 3



Konjunkturwende im Westen eingeleitet

Die im Winterhalbjahr 1993/94 zu beobachtende Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist nach unserer Einschätzung auf Sonderfaktoren zurückzuführen und daher lediglich eine Unterbrechung in der Aufwärtstendenz. Wichtige Frühindikatoren weisen in der Grundtendenz nach oben. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima bei den Unternehmen weiter aufgehellt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Auftragseingänge aus dem Ausland im Verlauf des Jahres 1993 deutlich gestiegen sind; im vierten Quartal 1993 übertrafen sie den Stand vom Vorjahr um 8,5 vH. Dagegen sind die Bestellungen aus dem Inland zum Jahresende 1993 zurückgegangen, nachdem sie zuvor etwas gestiegen waren. Insgesamt sind die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe in der Grundtendenz leicht gestiegen. Im Baubereich hat die Nachfrage anhaltend kräftig zugenommen.

Wichtiger als die Entwicklung der Frühindikatoren ist, daß sich die Rahmenbedingungen für eine konjunkturelle Belebung weiter verbessert haben. Die Bundesbank hat die Geldmarktzinsen merklich ermäßigt, erstmals seit Herbst 1990 ist die Zinsstruktur nicht mehr invers. Die Lohnsteigerungen sind deutlich zurückgegangen, und die Unternehmen haben ihre Kosten gesenkt. Die Gewinn-Zins-Relation wird allmählich günstiger. Zudem belebt sich die Konjunktur in wichtigen Handelspartnerländern. Diese Tendenzen werden sich nach unserer Einschätzung im Verlaufe dieses und des kommenden Jahres verstärken.

Tabelle 3 – Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1994–1995

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Bundesrepublik Deutschland	
	1994	1995	1994	1995	1994	1995
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,0	2,0	8,0	8,5	1,5	2,5
Erwerbstätige ² (1 000)	28 520	28 430	6 065	6 070	34 585	34 500
Beschäftigte Arbeitnehmer ² (1 000) ..	25 465	25 370	5 615	5 620	31 080	30 990
Arbeitslose (1 000)	2 700	2 780	1 160	1 150	3 860	3 930
Arbeitslosenquote ³	8,7	8,9	16,0	16,0	10,0	10,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁴ (Mrd. DM)	-185	-135
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	-30	-25
Verbraucherpreise ⁵	3,0	2,0	4,0	3,0	3,0	2,0

¹ In konstanten Preisen, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH. – ² Im Inland. – ³ Arbeitslose in vH der inländischen Erwerbspersonen. – ⁴ Einschließlich Treuhandanstalt und Sondervermögen Eisenbahn; in der Abgrenzung der Finanzstatistik. – ⁵ Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Bundesrepublik Deutschland: Mit den Anteilen des privaten Verbrauchs des Jahres 1991 gewichteter Durchschnitt der Raten in West- und Ostdeutschland. Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quelle: Statistisches Bundesamt [1994]; eigene Schätzungen.

Die westdeutsche Konjunktur wird sich nach der Schwäche im vierten Quartal 1993 allmählich beleben. 1994 wird das Expansionstempo jedoch vergleichsweise mäßig sein, und erst für das kommende Jahr ist im Jahresverlauf mit einer deutlichen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt 1994 um rund 1 vH und 1995 um rund 2 vH zunehmen (Tabelle 3). Die konjunkturelle Belebung wird maßgeblich von der Investitionstätigkeit und von den Exporten getragen werden, dagegen sind vom privaten Verbrauch angesichts rückläufiger Beschäftigung, niedriger Lohnsteigerungen sowie zunehmender Abgabenbelastung im Prognosezeitraum zunächst keine Impulse zu erwarten; erst im späteren Verlauf des Jahres 1995 dürfte der private Verbrauch neuerlich zunehmen. Gegenüber unserer Prognose vom Dezember letzten Jahres schätzen wir die Entwicklung der Inlandsnachfrage in diesem Jahr etwas verhaltener ein. Der Grund dafür liegt vor allem darin, daß die geldpolitische Lockerung im Winterhalbjahr zögerlicher vonstatten ging, als wir dies damals erwartet hatten. Dagegen stellen sich die Exportaussichten günstiger dar: Die Entwicklung der Weltkonjunktur ist besser als erwartet und die reale Abwertung um rund 3 vH seit dem Herbst vergangenen Jahres hat die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter erhöht.

Anhaltend kräftige Produktionsausweitung im Osten

In den neuen Bundesländern wird die gesamtwirtschaftliche Produktion sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr deutlich steigen. Mit rund 8 vH dürfte die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts sogar höher als im Jahr 1993 (6,3 vH) ausfallen. Anhaltend kräftig dürften die Bauwirtschaft und das Handwerk expandieren; insbesondere von der Erneuerung und Modernisierung des Wohnungsbestands werden Impulse ausgehen. Im Verarbeitenden Gewerbe dürfte die Produktion nach der deutlichen Ausweitung im Jahr 1993 (8,8 vH) weiter merklich zunehmen. Dies ist vor allem auf die hohen Investitionen in den vergangenen Jahren zurückzuführen.

Seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990 sind – je Einwohner gerechnet – die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den neuen Bundesländern rascher gestiegen als in den alten (Tabelle 4). Dies beruht freilich auf der starken Zunahme der Transfers aus dem Westen, die vorrangig für rasche Lohnsteigerungen und eine kräftige Ausweitung der sozialen Leistungen an die privaten Haushalte verwendet wurden. Dadurch war das verfügbare Realeinkommen der Haushalte pro Kopf bereits 1991 beinahe halb so hoch wie im Westen, das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug dagegen nur reichlich ein Viertel. Die Lücke zwischen Einkommensentstehung und Einkommensverwendung hat sich 1992 nochmals vergrößert. 1993 ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Ostdeutschland erstmals rascher gestiegen als das verfügbare Einkommen je Einwohner, und in diesem und im kommenden Jahr setzt sich diese Entwicklung fort. Dies bedeutet, daß die Einkommen zunehmend aus eigener inländischer Produktion erwirtschaftet werden. Damit dürften die Transfers vom Westen in den Osten allmählich sinken. Insbesondere die Zunahme der Investitionen – sie werden je Einwohner gerechnet in diesem und im

Tabelle 4 – Der Aufholprozeß der neuen Bundesländer – zur Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Relationen 1991–1995 (Ostdeutschland in vH von Westdeutschland)

	1991	1992	1993	1994 ¹	1995 ¹
Reales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	27,4	30,5	33,2	35,5	37,9
Reales verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner ..	47,3	54,9	55,7	56,7	57,1
Reale Bruttoanlageinvestitionen je Einwohner	62,1	78,0	96,2	110,5	119,7
Lohnstückkosten	165,8	174,9	175,9	177,2	176,7
Öffentliche Leistungen für die neuen Bundesländer (Mrd. DM) ...	107	115	138	133	130

¹ Prognose. – ² Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten (Inlandskonzept) in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt [1994]; Deutsche Bundesbank [1993]; eigene Schätzungen.

kommenden Jahr deutlich höher sein als in den alten Bundesländern – läßt erwarten, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland weiterhin rascher steigen wird als im Westen.

Abgabenerhöhungen belasten Konsum

Der private Verbrauch wird sowohl in diesem wie auch im kommenden Jahr durch die Erhöhung von Steuern und Sozialbeiträgen gedrückt. Allerdings bedeutet die Anhebung der Beitragssätze in der Rentenversicherung nicht, daß in gleichem Ausmaß Kaufkraft entzogen wird, vielmehr dient sie zum großen Teil dazu, erhöhte Renten in den neuen Bundesländern zu finanzieren. Aus diesem Grunde, aber auch wegen der deutlich kräftigeren Lohnsteigerungen, wird der private Konsum in diesem und im nächsten Jahr in Ostdeutschland im Gegensatz zu Westdeutschland nochmals leicht steigen.

In den alten Bundesländern kam es bereits im vergangenen Jahr zu einem Rückgang des privaten Verbrauchs um 0,2 vH. In diesem Jahr wird die Abnahme mit rund 1 vH sogar noch etwas größer sein. Maßgeblich dafür ist, daß das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte deutlich sinkt. Infolge der im Vergleich zu 1993 schwächer steigenden Löhne sowie eines anhaltend kräftigen Beschäftigungsrückgangs wird die Lohnsumme brutto stagnieren, bei zunehmender Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen geht sie netto deutlich zurück. Die Transfereinkommen expandieren ebenfalls langsamer als im Vorjahr; vor allem wegen der Kürzung bei den Leistungen der Arbeitslosenunterstützung. Allein die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften im Zuge der konjunkturellen Belebung wieder rascher ausgeweitet werden. Ins Gewicht fällt auch, daß die Konsumentenpreise mit einem Zuwachs von rund 3 vH etwas schwächer steigen als im Vorjahr. Auf den deutlichen Kaufkraftverlust werden die privaten Haushalte wohl nochmals mit einer leichten Verringerung der Sparneigung reagieren, zumal mit einem weiteren Rückgang der kurzfristigen Zinsen gerechnet werden kann. Für das kommende Jahr zeichnet sich angesichts niedriger Lohnzuwächse sowie weiterer Abgabenerhöhungen zunächst noch kein Anstieg des privaten Konsums ab, erst im späteren Verlauf des Jahres werden sich die Beschäftigungsperspektiven bessern und den privaten Verbrauch anregen.

Investitionen beleben sich

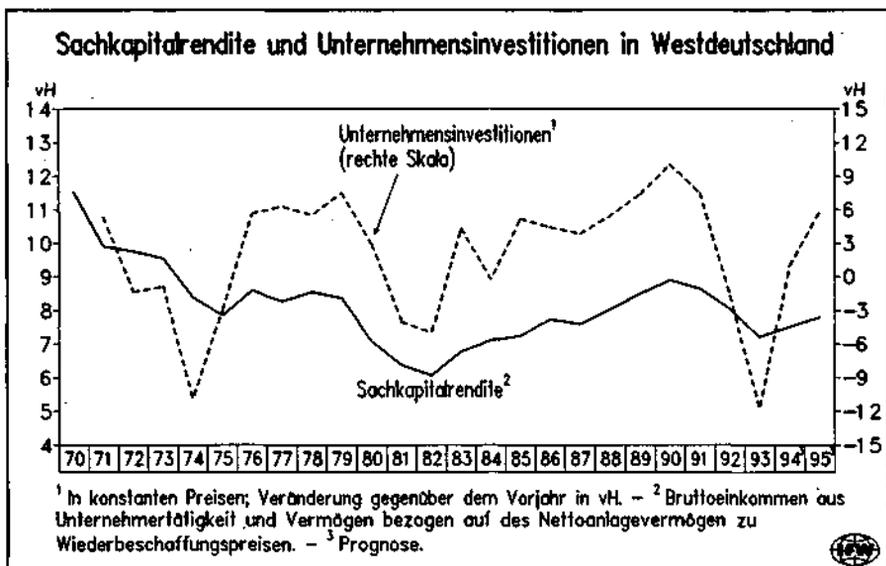
Die Zunahme der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe und des Kapazitätsauslastungsgrades – er ist im vierten Quartal 1993 erstmals seit dem Herbst 1990 gestiegen – belegen, daß sich zusätzlich zu der schon angesprochenen Kostenentlastung auch die konjunkturelle Lage der westdeutschen Unternehmen stabilisiert. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen hellen sich – wie Befragungen zeigen – weiter auf. Schließlich erfolgt 1994 im Zuge des Standortsicherungsgesetzes eine steuerliche Entlastung der Unternehmen. Freilich wird durch die geplante Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags Anfang 1995 ein Großteil der Entlastung wieder aufgehoben. 1994 wird die Investi-

tionstätigkeit jedoch von dieser Seite angeregt. Insgesamt ist im Verlauf dieses wie auch des nächsten Jahres mit einer deutlichen Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen in Westdeutschland zu rechnen.

Gegen eine Erholung der Investitionstätigkeit wird eingewandt, die Sachkapitalrendite sei gegenwärtig besonders niedrig. Nimmt man als Approximation für die Sachkapitalrendite das Verhältnis des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zum Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen [Schmidt et al., 1984, S. 186 ff.], so wird deutlich, daß dieses Urteil nicht zutrifft: Schaubild 4 zeigt, daß für das Jahr 1993 trotz des Gewinneinbruchs das Niveau der Sachkapitalrendite höher ist als in der konjunkturellen Schwächephase Anfang der achtziger Jahre. Berechnungen des Sachverständigenrates ergeben das gleiche Bild: Der Rückgang der Gewinn-Erlös-Relation ist nicht so ausgeprägt wie in früheren Rezessionen [Sachverständigenrat, 1993].

Die Investitionstätigkeit in Ostdeutschland läßt sich angesichts der Erfassungsprobleme in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur schwer beurteilen: Insbesondere die Zuordnung von Käufen von Investitionsgütern auf West- und Ostdeutschland sowie deren zeitliche Verteilung sind noch mit großen Unsicherheiten behaftet. Daher ist der für die Beurteilung konjunktureller Phänomene wichtige zeitliche Verlauf der Investitionen kaum angemessen einzuschätzen. Nach den amtlichen Daten nahmen die Ausrüstungsinvestitionen 1993 um 7,5 vH zu. Umfragen bei den Unternehmen und Informationen der Teuhandanstalt über die zeitliche Struktur der Investitionszusagen und deren Einhaltung lassen vermuten, daß sich der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen in Ostdeutschland in kaum vermindertem Tempo fortsetzt. Dafür spricht auch

Schaubild 4



die weiterhin massive Förderung der Investitionen durch den Staat. Zudem vermindert sich der Anstieg der Lohnstückkosten; für 1995 ist sogar mit einem Rückgang zu rechnen. Freilich ist deren Niveau weit höher als im Westen, und viele Unternehmen machen hohe Verluste.

Die Bautätigkeit im Westen und im Osten wird weiterhin maßgeblich von der Aufwärtsentwicklung des Wohnungsbaus gekennzeichnet. Die niedrigen langfristigen Zinsen und die nach wie vor große Nachfrage nach Wohnraum führen zu einer deutlichen Produktionsausweitung. In Ostdeutschland wird die Entwicklung zudem durch günstigere Rahmenbedingungen gestützt. So ist die staatliche Infrastruktur nunmehr weitgehend funktionsfähig. Einige neue Bundesländer haben zudem das Baugenehmigungsverfahren deutlich vereinfacht. Hinzu kommt, daß rund 90 vH aller Wohnungsunternehmen die Altschuldenkappung in Anspruch genommen haben. Die damit verbundene Privatisierungsaufgabe wird weitere Sanierungs- und Modernisierungsinvestitionen im ostdeutschen Wohnungsbau auslösen [Sander, 1994]. Im Wirtschaftsbau wird es zu einer unterschiedlichen Entwicklung in West- und Ostdeutschland kommen. Bei diesen Investitionen ist das Erweiterungsmotiv bedeutsam, das im Westen wegen der zunächst noch geringen Auslastung der Kapazitäten noch keine Rolle spielt. Erst im späteren Verlauf des Jahres 1994 tritt auch hier eine Besserung ein, wobei für das Jahr insgesamt noch mit einem Rückgang zu rechnen ist. In Ostdeutschland werden neue Produktionskapazitäten aufgebaut, so daß das Wachstum der gewerblichen Bauinvestitionen höher bleibt als das der Ausrüstungsinvestitionen. Die staatliche Bautätigkeit wird im Zuge der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Westdeutschland zurückgehen, in Ostdeutschland wird sie kräftig, aber schwächer als bisher expandieren.

Deutliche Belebung der Exporte

Die deutsche Ausfuhr, die zu Beginn des letzten Jahres im Gefolge der ausgeprägten Rezession in wichtigen Handelspartnerländern kräftig zurückgegangen war, erreichte zur Jahresmitte 1993 ihre Talsohle. Der statistisch ausgewiesene Rückgang der Exporte im vergangenen Jahr überzeichnet jedoch die tatsächliche Entwicklung. Zu Jahresbeginn 1993 wurde die Datenerhebungsmethode im Handel mit Ländern der Europäischen Union geändert. Aufgrund der damit verbundenen Umstellungsprobleme wurde ein erheblicher Teil der Warenausfuhr zunächst statistisch nicht erfaßt. Zudem wurde die Freigrenze bei der Meldepflicht im EU-Handel spürbar angehoben, mit der Folge, daß es wohl auch auf Dauer zu statistischen Ausfällen kommt. Allein für die erste Jahreshälfte 1993 dürfte die Erfassungslücke bei der westdeutschen Warenausfuhr real etwa 17 Mrd. DM betragen, das sind reichlich 6 vH der für diesen Zeitraum insgesamt erfaßten Ausfuhren [Döpke, Fischer, 1994]. Allerdings wird die Außenhandelsstatistik für das Jahr 1993 aufgrund von Nachmeldungen der aus- und einführenden Unternehmen teilweise noch rückwirkend korrigiert. Die nachgemeldeten Warenströme werden dabei im allgemeinen dem Monat des Grenzübergangs zugeordnet. Nicht betroffen von den Revisionen sind die aufgrund höherer Freigrenzen nicht erfaßten Exporte. Insgesamt dürfte die Außenhan-

delsstatistik auch nach Abschluß aller Revisionen für das Jahr 1993 einen spürbaren Rückgang der Warenströme aufweisen.

Vieles spricht dafür, daß sich die zum Jahresende 1993 abzeichnende Erholung der Exporte im weiteren Verlauf des Winterhalbjahres 1993/94 fortgesetzt hat. So nahmen die Auftragseingänge aus dem Ausland seit Jahresende 1992 spürbar zu, und die Exporterwartungen der Unternehmen haben sich aufgehellt. Während die Nachfrage des Auslands nach Verbrauchsgütern sowie nach Grundstoffen und Produktionsgütern stagnierte, stieg die Nachfrage nach Investitionsgütern merklich. Darin spiegelt sich die Belebung der Investitionskonjunktur in einigen Handelspartnerländern wider. Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürfte sich die Erholung der deutschen Ausfuhr verstärkt fortsetzen.

Stimulierend wirkt zunächst die spürbare Ausweitung der Produktion in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich. So konnten die deutschen Unternehmen ihre Lieferungen in die Vereinigten Staaten – ihr Anteil an der gesamtdeutschen Warenausfuhr betrug zuletzt reichlich 7 vH – bereits in der ersten Jahreshälfte 1993 um mehr als 8 vH gegenüber dem Niveau im Vorjahreszeitraum ausweiten (Tabelle 5). Spürbare Impulse auf die Warenexporte dürften auch vom südostasiatischen Raum ausgehen. Zwar lag der Anteil der Warenlieferungen in diese Länder im Jahr 1992 nur bei knapp 5 vH. Jedoch nahmen die Exporte dorthin 1992 im Vergleich zum Vorjahr um nahezu 9 vH zu, während die deutschen Ausfuhren insgesamt nur um knapp 1 vH stiegen. Auch die Märkte Mittel- und Osteuropas gewinnen für die deutschen Unternehmen an Bedeutung. Zwar sanken die deutschen Ausfuhren dorthin im Zeitraum 1990 bis 1992 noch. Darin spiegelt sich aber vor allem der ausgeprägte Rückgang der ostdeutschen Lieferungen wider. Dagegen konnten westdeutsche Anbieter ihre Ausfuhren in die mittel- und osteuropäischen Länder schon 1992 merklich ausweiten. In der ersten Jahreshälfte 1993 stiegen auch die gesamtdeutschen Ausfuhren in diese Länder, und zwar um nahezu 14 vH gegenüber dem Niveau im Vorjahreszeitraum. Die Lieferungen in die mittel- und osteuropäischen Staaten waren mit einem Anteil an der Gesamtausfuhr Deutschlands von nahezu 7 vH zuletzt nur wenig geringer als diejenigen in die Vereinigten Staaten. Insbesondere die in ihren Reformbemühungen weiter fortgeschrittenen Länder Polen, Ungarn und die Tschechische Republik dürften im Zuge der Produktionsausweitung in diesem und im nächsten Jahr zusätzliche Nachfrage nach deutschen Produkten entfalten. Von entscheidender Bedeutung für die von uns erwartete Expansion der Ausfuhr ist jedoch, daß in den westeuropäischen Ländern, dem wichtigsten Absatzmarkt deutscher Produkte, allmählich die konjunkturellen Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen. 1995 wird sich die Produktionsausweitung im Ausland nochmals verstärken.¹ Davon werden auch die ostdeutschen Anbieter profitieren, zumal sich die Qualität ihrer Waren weiter verbessern dürfte. Insgesamt rechnen wir mit einer spürbaren Kräftigung der deutschen Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in diesem und im kommenden Jahr.

¹ Zur Bedeutung der Auslandskonjunktur und des realen Außenwertes der D-Mark für die westdeutschen Warenexporte vgl. Döpke, Fischer [1994].

Tabelle 5 – Zur regionalen Entwicklung der deutschen Warenausfuhr¹ 1990–1993

Jahr	Exporte										
	insgesamt		nach Mittel- und Osteuropa ²			nach Südostasien ³			in die Vereinigten Staaten		
	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH	Anteil an den Gesamtexporten in vH	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH	Anteil an den Gesamtexporten in vH	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH	Anteil an den Gesamtexporten in vH
1990	680,9	–	53,3	–	7,8	27,4	–	4,0	47,0	–	6,9
1991	665,8	–2,2	37,4	–29,7	5,6	29,6	8,0	4,4	41,7	–11,2	6,3
1992	671,2	+0,8	32,0	–14,5	4,7	32,2	8,8	4,8	42,7	2,3	6,4
1993, 1. Hj. ...	296,3	–12,0	19,9	13,7	6,7	.	.	.	22,1	8,3	7,5

¹ Gesamtdeutsche Warenausfuhr in laufenden Preisen. – ² Baltische Staaten, GUS, Polen, Tschechoslowakei (ab 1993 Tschechische Republik und Slowakei), Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. – ³ Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen, Mongolei, China, Nordkorea, Südkorea, Taiwan, Hongkong, Macau.

Quelle: Statistisches Bundesamt [lfd. Jgg.].

Die Importe Deutschlands nahmen aufgrund der Rezession im vergangenen Jahr deutlich ab. Besonders ausgeprägt war der Rückgang der Einfuhren aus den Ländern der Europäischen Union. Allerdings schlagen sich auch hier – wie bei den Exporten – die Umstellungsschwierigkeiten bei der statistischen Erfassung nieder. Wir erwarten, daß sich die Einfuhren mit der konjunkturellen Belebung im Verlauf dieses Jahres spürbar erholen. Die Ausweitung der Investitionstätigkeit dürfte vor allem den Import von Investitionsgütern erhöhen, der mit 33 vH den größten Anteil an den Gesamteinfuhren hat. Hingegen wird der Bezug von Konsumgütern, dessen Anteil an den Gesamteinfuhren bei etwa 17 vH liegt, infolge der weiterhin rückläufigen Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte in diesem Jahr kaum zunehmen. Im kommenden Jahr werden die Einfuhren mit der Kräftigung der Inlandsproduktion merklich anziehen. Zunehmende Bedeutung wird den Warenimporten aus den mitteleuropäischen Ländern zukommen, die bereits im zurückliegenden Jahr in der Tendenz aufwärtsgerichtet waren.

Zwar sind die Löhne in diesen Ländern vielfach deutlicher gestiegen als die Produktivität, doch liegen die Lohnstückkosten noch merklich unter dem deutschen Niveau. Zudem sind die Arbeitskräfte zumeist gut ausgebildet und motiviert. Daher gehen offenbar immer mehr inländische Unternehmen dazu über, humankapitalintensive und arbeitsintensive Fertigungen in diese Länder zu verlagern. Der Warenaustausch mit ihnen wird künftig wohl spürbar expandieren. Die Einfuhrpreise werden nach dem nochmaligen Rückgang in 1993 in diesem und im nächsten Jahr wieder anziehen. Mit der konjunkturellen Erholung der Weltwirtschaft werden die Rohstoffpreise weiter steigen. Hinzu kommt, daß sich die Aufwertung wichtiger Währungen gegenüber der D-Mark wohl noch fortsetzen wird.

Anstieg der Verbraucherpreise schwächt sich ab

Das Tempo des Preisanstiegs auf der Konsumentenebene wird in diesem und im kommenden Jahr mäßig sein. In den alten Bundesländern wird der Anstieg beim Preisindex für die Lebenshaltung im Jahr 1994 rund 3 vH und im Jahr 1995 rund 2 vH betragen. Das Tempo des Preisauftriebs in den neuen Bundesländern wird – wegen der noch nicht abgeschlossenen Anpassung von Mieten und Verkehrstarifen an das Niveau der Marktpreise – mit Raten von 4 bzw. 3 vH nochmals etwas höher ausfallen. Insgesamt bildet sich damit jedoch nach den ausgeprägten Unterschieden in der Vergangenheit mehr und mehr eine einheitliche Entwicklung der Konsumentenpreise in Ost und West heraus.

Für einen gedämpften Anstieg der Konsumentenpreise in diesem und im kommenden Jahr sprechen sowohl die Bedingungen auf der Kosten- wie auch die auf der Nachfrageseite. Niedrigere Lohnabschlüsse sowie verstärkte Rationalisierungsbemühungen der Unternehmen führen dazu, daß die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten sinken. Gleichzeitig wird bei der von uns erwarteten moderaten Konjunkturbelebung der private Verbrauch zur Schwäche neigen; bei der vorsichtigen Lockerung der Geldpolitik bleibt auch von der Nachfrageseite die Möglichkeit zu Preisanhebungen begrenzt. Nach unserer Einschätzung werden allerdings die Weltmarktpreise für Rohstoffe und Öl im Pro-

gnosezeitraum wieder etwas anziehen, und die D-Mark wird gegenüber dem US-Dollar nochmals etwas an Wert verlieren. Insgesamt sind die von der Verteuerung der Importe ausgehenden Effekte jedoch recht gering.

Trotz Konjunkturaufschwung keine Besserung am Arbeitsmarkt

Die Zahl der in Westdeutschland Erwerbstätigen wird bis zu Beginn des kommenden Jahres – wenn auch mit schwächerem Tempo als 1993 – weiter sinken; das Niveau im Vorjahr dürfte die Erwerbstätigkeit 1994 um rund 470 000 unterschreiten. Maßgeblich hierfür ist zum einen das nur moderate Aufschwungstempo. Zum anderen stiegen die Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit je Beschäftigten im vergangenen Jahr deutlich stärker als das Volkseinkommen. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit beeinträchtigen solch kräftige Lohnanhebungen vor allem im Folgejahr die Beschäftigung. Bei schwacher Arbeitskräftenachfrage und – vor allem zuwanderungsbedingt – steigendem Arbeitskräfteangebot dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 430 000 zunehmen.

Für Ostdeutschland zeichnet sich ab, daß der Beschäftigungsrückgang in diesem Jahr ausläuft. Nachdem die Zahl der Erwerbstätigen 1993 um rund 220 000 gesunken ist, wird sie sich 1994 im Jahresdurchschnitt nur noch um 60 000 vermindern. Da sich viele Erwerbslose, insbesondere Frauen, entmutigt in die sogenannte stille Reserve zurückziehen, wird die Zahl der Arbeitslosen stagnieren.

Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte die Erwerbstätigkeit sowohl in West- als auch in Ostdeutschland in der Grundtendenz stagnieren. Dies bedeutet, daß die Zahl der in Westdeutschland Erwerbstätigen im Durchschnitt des Jahres 1995 um 90 000 zurückgeht. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Deutschland insgesamt dürfte im Durchschnitt des Jahres 1995 auf knapp vier Millionen steigen.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Auch bei einer konjunkturellen Belebung, wie sie von uns prognostiziert wird, bleiben die grundlegenden Probleme der deutschen Wirtschaft ungelöst. Die Arbeitslosigkeit wird sich kaum verringern, und das Wirtschaftswachstum bleibt insgesamt mäßig. Sollen die Perspektiven für eine deutliche Zunahme der Zahl der Beschäftigten und für einen kräftigeren Anstieg der Einkommen verbessert werden, so bedarf es nachhaltiger Veränderungen vor allem im Bereich der Lohn- und der Finanzpolitik. Dabei kommt es vorrangig darauf an, den Standort Deutschland für in- und ausländische Investoren attraktiver zu machen. Die Geldpolitik kann lediglich dafür sorgen, durch eine stetige, am Potentialwachstum orientierte Geldmengenausweitung für Preisniveaustabilität zu sorgen.

Die Bundesregierung beabsichtigt, zur Verbesserung der Standortqualität die Steuerbelastung zu senken und insbesondere die Reform der Unternehmensbesteuerung fortzuführen. Nach ihrer Auffassung hängt der Zeitpunkt für Steuer-

senkungen von der Disziplin im Haushaltsbereich und von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Spielraum für Steuersenkungen müsse sich durch eine fortgesetzte Zurückhaltung bei Ausgabenentscheidungen, die zu einem kräftigen Wachstum der Wirtschaft mit einem raschen Anstieg des Steueraufkommens beitrage, ergeben. Diese Sicht der steuerpolitischen Problemlage verkennt wichtige Zusammenhänge. Steuersenkungen sind nämlich die wohl wichtigste Voraussetzung dafür, daß eine andauernde Disziplin bei Ausgabenentscheidungen der öffentlichen Hand zustande kommt. Eine Verringerung der Abgabenbelastung und eine damit einhergehende niedrigere Staatsquote lassen am ehesten erwarten, daß die konjunkturelle Erholung in eine mittelfristige Entwicklung einmündet, die durch ein kräftiges Wachstum des Produktionspotentials gekennzeichnet ist.²

Ein konkretes Programm könnte beinhalten,

- daß der Solidaritätszuschlag nicht erhoben wird,
- daß die Gewerbesteuer und die betriebliche Vermögensteuer abgeschafft werden,
- daß die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuersätze generell gesenkt werden und
- daß dabei dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nach dem das Existenzminimum nicht durch die Einkommensteuer belastet werden darf, durch eine Anhebung des Grundfreibetrages Rechnung getragen wird.

Gleichzeitig mit den Steuersenkungen sollten Finanzhilfen gekürzt werden. Damit könnte die Ausweitung des Budgetdefizits begrenzt werden, die sich infolge der Steuersenkungen – trotz deren ausgabendämpfenden Effekts – sonst ergäbe. Die Kürzung der Finanzhilfen würde den strukturellen Wandel der Wirtschaft und damit ihr Wachstum fördern.

In den vergangenen Jahren haben viele Länder Steuern gesenkt, um ihre Attraktivität für in- und ausländische Investoren zu erhöhen. Anschauungsunterricht dafür, wie ein Land im internationalen Standortwettbewerb in steuerpolitischer Hinsicht reagieren sollte, hat die Bundesrepublik Österreich erteilt. Dort sind zu Jahresbeginn 1994 die Gewerbe- und die Vermögensteuer abgeschafft worden; die gesamte Steuerbelastung der Gewinne der Kapitalgesellschaften beträgt nun 34 statt 39 vH, der maximale Steuersatz für gewerbliche Einkünfte natürlicher Personen (Einzelunternehmen, Personengesellschaften) 50 statt 59 vH [Zöchling, 1993]. In der Bundesrepublik Deutschland sind die entsprechenden Steuersätze – trotz der Senkung im Rahmen des Standortsicherungsgesetzes – weitaus höher; im nächsten Jahr werden sie sogar steigen, weil der Solidaritätszuschlag wiedereingeführt wird.

Auch bei den Tarifvertragsparteien ist durchaus die Bereitschaft zu erkennen, die Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Vordergrund der Tarifpolitik zu stellen. So wird der Anstieg der Löhne sowohl in West- als auch in Ostdeutschland in diesem Jahr deutlich

² Zum Einfluß der Steuerbelastung auf das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums vgl. Heitger [1993].

geringer als im Vorjahr ausfallen. Gleichwohl ist das Ausmaß der Lohnmäßigung noch nicht ausreichend; zudem bedarf es zusätzlicher Maßnahmen, um die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

In Westdeutschland wird sich die Zahl der Beschäftigten während des Abschwungs – rechnet man den in diesem Jahr erwarteten Rückgang ein – um 1,1 Millionen vermindert haben. Um den Verlust auszugleichen, ist eine stärkere Lohnzurückhaltung erforderlich als die in diesem Jahr von uns prognostizierte – und dies über mehrere Jahre hinweg. Lohnzurückhaltung bewirkt außerdem, daß die effektiv gezahlten Löhne stärker die Knappheiten am Arbeitsmarkt widerspiegeln. Die Tarifvertragsparteien können diesen Prozeß unterstützen, indem sie die Abschlüsse stärker differenzieren. Neben Unterschieden hinsichtlich der Region und der Qualifikation muß die Lohnpolitik solche zwischen einzelnen Unternehmen beachten. Einen Schritt in die richtige Richtung stellt der Tarifabschluß in der Chemischen Industrie dar, der es den Unternehmen erlaubt, die wöchentliche Arbeitszeit ohne Zahlung von Zuschlägen entsprechend ihrer Auftragslage zwischen 35 und 40 Stunden zu variieren. Darüber hinaus vereinbarten die Tarifvertragsparteien, daß eingestellte Arbeitslose, die mindestens sechs Monate erwerbslos waren, zunächst nur 90 Prozent des Tariflohns erhalten. Damit soll die Wiedereingliederung von Arbeitslosen, die während der Erwerbslosigkeit an Qualifikation eingebüßt haben, in den Arbeitsmarkt erleichtert werden. Solche Einsteigertarife sollten auch für andere Branchen vereinbart werden.

In Ostdeutschland lag die Lohnquote im vergangenen Jahr bei rund 100 vH. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt konnten die Unternehmen also keine Gewinne erwirtschaften. Angesichts fehlender Gewinne waren sie gezwungen, ihr Personal weiter zu verringern. Um die Beschäftigung zu erhöhen, muß die Lohnpolitik darauf abzielen, die Ertragslage der Unternehmen zu verbessern. Dazu sollten die Tarifvertragsparteien auf eine Angleichung des ostdeutschen an das westdeutsche Tariflohnniveau verzichten. Darüber hinaus muß sich eine Lohnstruktur ergeben, die – wie für Westdeutschland gefordert – hinsichtlich Qualifikation, Regionen und Unternehmen wesentlich stärker differenziert ist.

Um die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen zu berücksichtigen, haben die Tarifvertragsparteien im vergangenen Jahr in einigen Branchen sogenannte Härtekláuseln vereinbart. Diese sollten es einzelnen Unternehmen erlauben, von Tarifverträgen abzuweichen, um Insolvenzen und Entlassungen abzuwenden oder die Sanierungschancen zu verbessern. Mittlerweile hat sich gezeigt, daß die Voraussetzungen zur Anwendung der Härtefallklausel in der Praxis äußerst restriktiv ausgelegt werden. Eine nicht zu unterschätzende Anzahl von Unternehmen versucht deshalb, an den Tarifvertragsparteien vorbei direkt mit den Belegschaften untertarifliche Leistungen auszuhandeln. Angesichts der mangelnden Bereitschaft der Tarifvertragsparteien, auf die spezifische Situation einzelner Unternehmen flexibel zu reagieren, sollte die Wirtschaftspolitik solche Vereinbarungen nicht dadurch zu unterbinden versuchen, daß Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden.

Summary

Federal Republic of Germany: Sluggish Recovery

West German Economy Left the Bottom – Expansion Still Very Unsteady

In western Germany economic activity has been directed slightly upwards since spring last year. However, the recovery is still very unsteady. Adjusted for seasonal and calendar effects real GDP increased in the second and the third quarter of 1993, whereas in the last quarter overall production decreased. In November and December especially construction activities were impaired by unfavorable weather conditions. Moreover, calendar adjusted data exaggerate the decline of overall production: Presumably, many working days between Christmas and New Year were in fact holidays as many companies traditionally close their factories. One argument in favor of an ongoing recovery is the pronounced improvement of the business climate, which mainly results from improved export expectations. The situation on the labor market continued to worsen. The number of employees declined and unemployment increased. However, short time work is already significantly lower than at its peak in spring 1993. Inflation decelerated to an annual rate of about 2.5 p.c. However, due to higher mineral oil taxes and administered prices the consumer price index still exceeded its pre-year's level by 3.5 p.c. in January 1994.

East German Economy Continues to Catch Up

Last year in the new federal states production once again increased markedly. Real GDP rose by 6.3 p.c. as compared to 1992. While in former years mainly construction and services contributed to growth, in 1993 the rise of industrial production (8.5 p.c.) was for the first time higher than overall growth. However, the construction sector still exhibited the highest growth rate (12 p.c.). In spite of the marked increase in real GDP total domestic demand was nearly twice as high as total output. In January 1994, the number of unemployed exceeded its pre-year's level by about 100,000. Short time work decreased by about 100,000. The number of people in public labor market schemes which are often regarded as hidden unemployed declined by about 300,000. Consumer prices rose by 3.8 p.c. on a year-over-year basis in January 1994; the rate was only marginally higher than in western Germany because rent increases were lower than in previous years.

Outlook: Recovery Gradually Gains Momentum

Leading indicators suggest a moderate recovery: In the manufacturing sector the business climate has continued to improve, mainly because of a marked increase in foreign orders. In the fourth quarter of 1993 they were 8.5 p.c. higher than a year before. However, domestic orders fell at the end of 1993 after a modest recovery in the summer semester. Total orders in manufacturing were

roughly at the same level as one year ago. In the construction sector demand has been rising strongly.

Even more important than the development of leading indicators is the improvement of the underlying conditions. The central bank gradually reduced short-term interest rates. In February 1994, for the first time since autumn 1990, the yield curve is upward sloping. Lower wage increases help companies to reduce costs. The profit-interest-ratio is rising. Furthermore, the cyclical improvement in main trading partner countries will give a stimulus to the German economy.

In western Germany output will expand at a moderate pace in 1994. Overall capacity utilization is likely to rise markedly only in the course of 1995. Real GDP will exceed its pre-year's level by 1 p.c. in 1994 and by about 2 p.c. in 1995. The recovery is led by an upswing of exports and investment. Because of the reduction of employment, low wage increases and the dampening impact of fiscal policy, there will be hardly any stimulus from private consumption before the second half of 1995. Compared to our December forecast we now foresee a weaker expansion of domestic expenditures because monetary easing was slower than expected. On the other hand, the export prospects have improved. This is due to a more favorable growth of world trade and the real depreciation of the D-Mark by about 3 p.c. since fall 1993 which has raised the competitiveness of German suppliers.

In the five new federal states overall production will rise markedly in the course of 1994 and 1995. The growth rate of real GDP will amount to about 8 p.c. in both years (1993: 6,3 p.c.). The expansion in the handicraft and the construction sector remains strong because of ongoing modernisation efforts as well as increasing housing starts. In the manufacturing sector, production will again rise considerably. This is due to the high rate of investment growth in the last years.

Consumer prices will rise moderately this year and as well as next year. The underlying trend of inflation is converging in western and eastern Germany. In western Germany the consumer price index will increase by about 3 p.c. in 1994 and by 2 p.c. in 1995. In eastern Germany the increase will be slightly higher, 4 p.c. in 1994 and 3 p.c. in 1995. The somewhat higher rate is mainly due to further adjustments of rents and public transport fees. The declining trend of inflation is favored by moderate wage increases and shrinking unit labor costs. In addition, the Bundesbank is cautious with respect to easing monetary policy. Despite the expected recovery of economic activity there will thus be only little scope to raise prices. On the other hand, we expect prices for oil and other raw materials to increase slightly within the forecast period. The US-Dollar is assumed to appreciate somewhat vis-à-vis the D-Mark. Yet, the effect of higher import prices on consumer prices will be weak.

Employment in western Germany will continue to decrease until the beginning of 1995 because the pace of the recovery will be slow. Due to the weak demand for labor and the increasing supply of labor - which is to a great extent the result of immigration - the number of unemployed will again rise noticeably. In eastern Germany the decrease in employment will apparently come to

a halt already in the course of this year. As many female workers will retract from the labor market, the number of unemployed will stagnate. The overall number of registered unemployed in Germany will increase to nearly 4 million in 1995. We expect the situation on the labor market to improve only in 1996.

Literaturverzeichnis

- BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (BMF), Finanzbericht 1994. Bonn 1993.
- DEUTSCHE BUNDESBANK, „Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 1993“. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. September 1993, S. 33–47.
- DÖPKE, Jörg, Malte FISCHER, „Was bestimmt die westdeutschen Exporte?“. Die Weltwirtschaft, 1994, in diesem Heft.
- GERN, Klaus-Jürgen, Klaus-Werner SCHATZ, Joachim SCHEIDE, Ralph SOLVEEN, „Industrieländer: Erholung gewinnt an Breite“. Die Weltwirtschaft, 1994, in diesem Heft.
- HEITGER, Bernhard, „Convergence, the 'Tax-State' and Economic Dynamics“. Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 129, H. 2, Tübingen 1993, S. 254–274.
- LEHMENT, Harmen, „Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung. Eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland 1973–1990“. Die Weltwirtschaft, 1991, H. 2, S. 72–85.
- , „Bedingungen für einen kräftigen Beschäftigungsanstieg in der Bundesrepublik Deutschland – Zur Tarifpolitik der kommenden Jahre“. Die Weltwirtschaft, 1993, S. 302–310.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (Sachverständigenrat), Zeit zum Handeln – Antriebskräfte stärken. Jahresgutachten 1993/94. Stuttgart 1993.
- SANDER, Birgit, „Anpassungsprozesse in der ostdeutschen Wohnungswirtschaft – Analyse und Bewertung“. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 224/225, Februar 1994.
- SCHMIDT, Klaus-Dieter et al., Im Anpassungsprozess zurückgeworfen. Die deutsche Wirtschaft vor neuen Herausforderungen. Kieler Studien, 185, Tübingen 1984.
- STATISTISCHES BUNDESAMT, Fachserie 7: Außenhandel, Reihe 1: Zusammenfassende Übersichten über den Außenhandel. Stuttgart, lfd. Jgg.
- , Wirtschaft und Statistik. Stuttgart 1994, H. 1.
- TREUHANDANSTALT, Monatsinformation der THA. Berlin, lfd. Jgg.
- ZÖCHLING, Hans, „Auswirkungen der österreichischen Steuerreform 1994 auf deutsche Investitionen“. Internationale Wirtschaftsbriefe, Nr. 17, 10. September 1993, S. 797–804.